

MILITARY TRIALS IN ÄGYPTEN

DIE KONTERREVOLUTION FINDET VOR GERICHT STATT

Seit dem Eingreifen der Armee in den ägyptischen Aufstand am 28. Februar 2011 sind zehntausende Menschen von Military Trials zu Haftstrafen verurteilt worden. Diese Verfahren haben beinahe die gesamte zivile Strafverfolgung ersetzt. Der Autor bereiste im Juli 2011 Ägypten und sprach mit der Aktivistin Mona von der Gruppe „No Military Trials for Civilians“.

Was für eine Gruppe ist „No Military Trials for Civilians“?

Im Wesentlichen sind wir eine Menschenrechtsorganisation, bestehend aus dem Anti-Folter-Zentrum, der Vereinigung zur Verteidigung der ägyptischen Proteste und politischen Aktivist_innen. Die meisten davon sind sehr jung und waren vor der Revolution nicht aktiv. Unsere hauptsächliche Arbeit besteht darin, den Familien von Gefangenen Rechtshilfe anzubieten, ihnen Anwäl_t_innen zu vermitteln sowie mediale Kampagnen anhand von alternativen Medien im Internet aufzubauen und die Militärgerichtsbarkeit zu dokumentieren.

Kannst Du uns diese Militärgerichtsbarkeit erklären?

Seit die Armee am 28. Januar 2011 auf die Straße kam, haben Military Trials im Wesentlichen alle regulären Strafgerichte ersetzt. Zivilist_innen sind für alle möglichen Delikte vor Militärgerichten angeklagt worden, von Verstößen gegen die Ausgangssperre über Körperverletzung bis hin zu Hausfriedensbruch. Das ist die alltägliche Seite. Und dann gibt es die politische Seite. Die Militärgerichtsbarkeit wurde benutzt, um der Fortführung der Revolution ein Ende zu bereiten.

Was hat es dabei mit dem neuen Anti-Streik-Gesetz auf sich?

Es gibt jetzt ein Gesetz, das besagt, dass wenn Du bei einem Streik mitmachst – und ich glaube, sie beschreiben es als „Verlangsamung der Produktion“ oder so – dann ist das ein Verbrechen, das mit einer Haft- oder Geldstrafe geahndet werden kann.

Kannst Du uns erzählen, wie solche Verfahren typischerweise ablaufen?

Ich erzähle Euch, wie wir angefangen haben. Es war das Verfahren eines 32-jährigen, Amr El-Beheiry, der bei einer Straßenblockade vor dem Parlament festgenommen wurde. In den frühen Morgenstunden räumte die Armee die Sitzblockade und verhaftete ihn. Wir bestanden auf seiner Freilassung, er wurde dann tatsächlich raus gelassen, zusammengeschlagen, dann aber erneut festgenommen. Wir dachten, wenn wir es schaffen würden, der Armee zu erklären, dass er ein Protestierender ist, der nichts gemacht hatte, würde er freigelassen werden. Am nächsten Tag wurde er zusammen mit acht anderen als bezahlte Schläger_innen im Fernsehen vorgeführt. Dieses Label benutzt die Armee für alle, die vor Militärgerichte kommen. Sie sind immer bezahlte Schläger_innen, immer Kriminelle, haben immer Waffen besessen.

Drei Tage später war er schon verurteilt. Seine Anwäl_t_innen waren falsch informiert, ihnen und seinen Eltern wurde gesagt, dass sein Verfahren zwei Wochen später sein würde. Als seine Eltern zum Gefängnis fuhren, um ihm Kleidung und Medikamente zu bringen, fanden sie heraus, dass er schon ohne Anwäl_in verurteilt worden war. Der Prozess dauerte fünf Minuten. Er wusste nicht, wegen welcher Delikte er angeklagt war, er durfte nicht sprechen und auch das Urteil wurde ihm nicht mitgeteilt. Wir haben dann herausgefunden, dass er zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde, und ihm das gesagt.

Was verfolgt der ägyptische Supreme Council of Armed Forces (SCAF) politisch mit den Military Trials?

Es geht ihnen um zwei Sachen: der Bewegung ein Ende zu bereiten und die Situation herzustellen, die wir vor der Revolution hatten; nämlich dass es Dich einen hohen Preis kostet, zu demonstrieren. Und der Preis kann sein, dass Du zusammengeschlagen und gefoltert wirst, oder dass Du ins Gefängnis gehst. Es soll für Dich keine einfache Sache sein, Dich dafür zu entscheiden.

Einerseits terrorisieren sie die Menschen, gleichzeitig machen sie eine riesige Medien-Kampagne unter dem Motto „Wir beschützen die Revolution“ und versuchen diejenigen, die weiter protestieren, von der Öffentlichkeit zu entfremden.

Also entspricht die Situation der zu Zeiten des Mubarak-Regimes?

Ja, sie ist zumindest sehr ähnlich. Aber ich denke sie ist gefährlicher. Denn unter Mubarak waren sich die Menschen darüber bewusst, wer ihre Feind_innen waren. Das ist jetzt nicht mehr so. Aber ich glaube, dass es gerade relativ offensichtlich wird, dass das, was die Revolution, was die Menschen wollten, dem Willen des SCAF diametral entgegensteht. Daher sind mehr und mehr Leute bereit und gewillt, gegen die Armee vorzugehen, besonders seit diese sich auf die Seite der Polizei gestellt hat. Die Polizei ist ein klares Feindbild für die Bevölkerung Ägyptens, darüber würde niemand diskutieren. Das war – glaube ich – ein sehr ungeschickter Schritt des SCAF, denn es macht noch offensichtlicher, auf wessen Seite sie stehen.

Wir hatten bislang den Eindruck, dass hauptsächlich ärmere Menschen festgenommen werden. Stimmt das?

Absolut. Die Aufmerksamkeit im Ausland kam zunächst dadurch zustande, dass ägyptische Social-Media-Aktivist_innen mit solchen Verfahren überzogen wurden. Aber die Wahrheit ist, dass in den drei Monaten seit der Machtübernahme durch das Militär mehr als 5.000 Bürger_innen vor Militärgerichten standen, alle aus sehr niedrigen sozio-ökonomischen Schichten. Sie haben keine Netzwerke, um Unterstützung zu organisieren, und die Medien schenken ihnen keinerlei Aufmerksamkeit. Wenn Du so aussiehst, als würdest du zur oberen Mittelschicht oder einem noch wohlhabenderen Personenkreis gehören, wirst Du besser behandelt. Bei den Demonstrant_innen zum Beispiel, die am 15. Mai 2011 vor der israelischen Botschaft festgenommen wurden, sind die einen nur zusammengeschlagen worden, während man die anderen mit Elektroschocks gefoltert hat.

Was ist Deine Einschätzung, wie es weitergeht?

Ich glaube, dass wir vor allem darum kämpfen müssen, den Fokus von den Verfahren gegen Blogger_innen und Aktivist_innen auf die Military Tribunals im Allgemeinen zu richten. Politische Aktivist_innen haben sowieso immer Soli-Gruppen und Netzwerke, das passiert irgendwie. Es geht daher um die anderen, die diese Netzwerke nicht haben. Mit denen befasst sich unsere Kampagne immer mehr.

Das Militär und die Revolution

In der Öffentlichkeit – sowohl in Ägypten selbst als auch im Ausland – schien das Militär lange auf der Seite der Demonstrierenden zu stehen. Prominenter Ausdruck hierfür ist der Slogan „Armee und Volk – Hand in Hand“, der etwa in der deutschen Berichterstattung über die



Foto: Lukas

Ereignisse in Ägypten häufig auftauchte.¹ Das hat sich mittlerweile geändert: auf dem Tahrir-Platz und anderswo werden zunehmend Parolen gegen den Supreme Council of Armed Forces (SCAF) gerufen, obwohl die „Erste Revolution“ in der ägyptischen Öffentlichkeit durchweg positiv besetzt ist und sich auch das Militär selbstverständlich zu ihr bekennt. Dennoch versucht das seit dem 28. Januar 2011 herrschende Militär, die andauernden Proteste seit dem erzwungenen Rücktritt von Präsident Hosni Mubarak zu unterdrücken. Dabei bedient es sich hauptsächlich der Militärgerichtsbarkeit.

Bei Demonstrationen, Streiks oder anderen Protest-Formen werden immer wieder massenhaft Menschen festgenommen. Andere Aktivist_innen, etwa der Militärkritiker Maikel Nabil Sanad oder die Journalistin Rasha Azab, werden gezielt verfolgt. Beide wurden verhaftet, weil sie auf Blogs oder in Artikeln kritisch über das Militär berichten. Ihnen wurden Vergehen wie das „Verbreiten falscher Informationen“ oder „Beleidigung der Armee“ vorgeworfen – ein Vorgehen, auf das sogar das deutsche Auswärtige Amt reagierte.²

Der Code of Military Justice erlaubt bis vor kurzem nur dann Military Trials, wenn der Fall direkt mit der Sicherheit der Armee selbst zu tun hatte, sich etwa in einer militärischen Einrichtung ereig-

net hatte oder Soldaten beschuldigt wurden. Mittlerweile wurde das Gesetz dahingehend erweitert, dass auch ehemalige Militärangehörige vor Militärgerichten angeklagt werden können, wenn die ihnen vorgeworfene Tat irgendwie mit dem Militär in Verbindung steht. Aufgrund der sehr strengen allgemeinen Wehrpflicht besteht fast die komplette männliche Bevölkerung aus ehemaligen Militärangehörigen. Und da das Militär in Ägypten etwa ein Drittel des ägyptischen Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet sowie – je nach Schätzung – 25 bis 45 Prozent der Unternehmen des Landes kontrolliert, kann eine solche Verbindung immer hergestellt werden.

Der Gang der Verfahren

Eine Vorführung findet in der Regel drei oder vier Tage nach der Festnahme statt – ganz zu Schweigen von der Folter, die bis dahin meist stattgefunden hat.³ Wahlverteidiger_innen sind nicht zugelassen, teilweise gibt es allerdings vom Militär akkreditierte Pflichtverteidiger_innen, deren Arbeit sich darauf beschränkt, ihren Ausweis zu hinterlegen. Zur Gerichtsverhandlung selbst sind auch sie nicht zugelassen. Die Angeklagten haben kein Recht, selbst Beweisanträge zu stellen oder Zeug_innen zu benennen. Sie haben noch nicht einmal das Recht, sich zur Sache zu äußern. Bezeichnenderweise wurden selbst Personen, die gestanden, eine Straftat begangen zu haben, wegen anderer Delikte verurteilt. In der Vergangenheit war zum Beispiel eine große Gruppe von Protestierenden, die nachmittags auf dem Tahrir-Platz verhaftet wurde, wegen Verstoß gegen die nächtliche Ausgangssperre verurteilt worden. Auch sonst hat die Militärgerichtsbarkeit wenig mit einem rechtsstaatlichen Strafverfahren zu tun. Die Richter_innen sind nicht etwa ausgebildete Jurist_innen, sondern Offiziere. Eine Berufungs- oder Revisionsinstanz gibt es nicht, die Verurteilungen sind sofort rechtskräftig und werden unmittelbar vollstreckt.

Dazu werden die Verurteilten dann in der Regel aus den Militärgefängnissen in Justizvollzugsanstalten überführt, die sehr weit weg von Kairo in der Wüste liegen. Gerade bedürftige Angehörige benötigen deshalb bis zu zwei Tage für die An- und Abreise – sollte ihnen überhaupt ein Besuchstermin von 30 Minuten Länge zugebilligt werden. Für viele jedoch ist ein solcher Besuch wegen der weiten Reise schlicht nicht finanzierbar. Vom Militär werden die Angehörigen ohnehin nicht benachrichtigt. Sie sind darauf angewiesen, von Verurteilungen über die Presse oder über NGOs wie „No Military Trials“ zu erfahren. Das SCAF versucht auf diese Weise, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit möglichst nicht auf die Military Trials zu ziehen.

¹ <http://www.heise.de/tp/artikel/34/34397/1.html> (Stand aller Links: 06.08.2011).

² Pressemitteilung vom 12. April 2011, online: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Web-Archiv_node.html.

³ Human Rights Watch, Pressemitteilung vom 11. März 2011, online: <http://www.hrw.org/news-all/11>.

Klassismus vor Gericht

Bedürftige Ägypter_innen werden durch die Militärgerichtsbarkeit besonders benachteiligt. Im Militärgewahrsam werden Schulabschlüsse, ausgeübter Beruf und Familienname registriert. Landet jemand mit „guten“ Voraussetzungen vor dem Militärgericht, wird er/sie in der Regel höchstens zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Ganz anders bei Menschen die in Kairo Armenvierteln leben. Sie werden nicht einzeln sondern gleich gruppenweise verurteilt. Zur Legitimation dieses Verfahrens werden sie vor Tischen mit Waffen fotografiert, um sie mit Hilfe der Presse als bezahlte Schläger_innen zu inszenieren.

Tatsächlich beschränkt sich die Berichterstattung über Military Trials in der ägyptischen Presse auf solche Inszenierungen. Dies liegt jedoch nicht nur an der Unterstützung des SCAF durch die ägyptischen Medien, sondern auch an der im April 2011 offiziell wieder eingeführten Zensur. Der Presse ist es verboten, ohne Genehmigung über Angelegenheiten zu berichten, die das Militär betreffen. Kritik am Militär findet sich dementsprechend selten.⁴

Ragia Omran, Anwältin und Menschenrechts-Aktivistin aus Kairo, bestätigt dass die Militärgerichte zunächst völlig abseits der Öffentlichkeit stattfanden: „Selbst wir als Anwälte_innen wussten zunächst nicht, dass es diese Verfahren gab, nachdem Mubarak zurücktreten musste.“ Erst durch das im Interview beschriebene Verfahren gegen Amr El-Beheiry wurden die Tribunale schließlich bekannt, auch wenn in seinem Fall eine Verurteilung schon erfolgt war, noch bevor er das erste Mal Besuch empfangen konnte.⁵

Vor allem in ländlichen Regionen, aber auch im nicht-politisierten städtischen Umfeld ist die umfangreiche Militärgerichtsbarkeit weit hin unbekannt. Dabei wird ein großer Teil derjenigen, die überhaupt mit der Justiz in Berührung kommen, vor Militärgerichte gestellt. Human Rights Watch geht aufgrund von Befragungen davon aus, dass momentan über 10.000 Zivilist_innen in militärischem Gewahrsam festgehalten werden.⁶ No Military Trials for Civillians schätzt die Zahl sogar auf 18.000 Menschen.⁷

Da hilft nur Gegenöffentlichkeit

Dennoch regt sich gegen die Verfahren inzwischen ein wachsender Widerstand. Vor allem die Gruppe „No Military Trials for Civillians“ erfährt massiven Zulauf und die herausragend vernetzten ägyptischen Aktivist_innen schaffen eine eindrucksvolle Gegenöffentlichkeit. Ein Tag des Bloggens und Twitters gegen den SCAF und die Milita-

ry Trials am 1. Juni 2011 fanden große Resonanz. Im Rahmen einer groß angelegten Informationsveranstaltung wurden auf dem Tahrir-Platz die Berichte von Personen abgespielt, die verhaftet und vor ein Militärgericht gestellt worden waren. Hierüber berichtete sogar die staatliche Presse Ägyptens.

Daraufhin kündigte der SCAF an, Zivilist_innen nur noch vor Militärgerichten anzuklagen, wenn es sich bei diesen um bezahlte Schläger_innen, so genannte „thugs“, handelt, ihnen schwere Verbrechen wie Mord oder Vergewaltigung zu Last gelegt werden oder ihre Vergehen gegen die Polizei bzw. das Militär gerichtet sind. Der Wert dieser Zusage sollte allerdings nicht überschätzt werden. Denn unter dem Label „thuggery“ wurden bereits zahlreiche Demonstrierende verurteilt. Und auch die Beleidigung eines/einer Soldat_in oder Polizist_in ist ein gegen Militär bzw. Polizei gerichtetes Vergehen.

Dennoch wirkt die Informationskampagne. So fand mittlerweile sogar das erste

Berufungsverfahren vor einem zivilen Gericht statt. Das Militärurteil wurde abgeändert und der Angeklagte nur noch wegen eines Verstoßes gegen die Ausgangssperre schuldig gesprochen. Unmittelbar nach der Verhandlung wurde er freigelassen.⁸ Dieser Vorgang verdeutlicht, wie sehr ein guter Ausgang von öffentlichem Druck abhängt, und wie wenig den juristischen Prozeduren zu trauen ist. Um die Konterrevolution vor den

Militärgerichten Ägyptens zu beenden, bedarf es deshalb noch einer großen Bemühung um globale Gegenöffentlichkeit.

Lukas hat zusammen mit einem Freund einen Dokumentarfilm über die Situation in Ägypten gedreht. Abseits des Revolutionstourismus studiert er Jura an der FU Berlin.



FOTOS: LUKAS

⁴ taz vom 1. Juni 2011, online: <http://www.taz.de/!71708>; New York Times vom 31. Mai 2011, online: <http://www.nytimes.com/2011/06/01/world/middleeast/01egypt.htm?pagewanted=all>.

⁵ <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/5/32/17447/Arts—Culture/Film/Film-highlighting-current-unjust-military-trials-t.aspx>.

⁶ <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/17874/Egypt/Politics-/New-batch-of-arrests-in-Tahrir-Square-to-add-to-th.aspx>.

⁷ <http://tahrirdiaries.wordpress.com>.

⁸ Siehe Fn. 6.